

Corona-Impfung: Will die Bundesregierung nicht wissen, welche Probleme es gibt?

Zwei Anfragen vom Bündnis Sahra Wagenknecht zeigen: Es gibt nach wie vor keinen Datenabgleich und die Erkrankungen werden unter Long Covid zusammengefasst.

[Ruth Schneeberger](#)

Berliner Zeitung, 06.06.2024 aktualisiert am 06.06.2024 - 21:38 Uhr

In Sachen Hilfe für Impfgeschädigte hat sich seit [Karl Lauterbachs](#) überraschendem Interview im [ZDF](#) vor über einem Jahr offenbar nicht allzu viel getan. Das ergab nun eine Kleine Anfrage des [Bündnis Sahra Wagenknecht](#) (BSW). Der Gesundheitsminister (SPD) hatte im März 2023, nachdem er lange von einer „nebenwirkungsfreien Impfung“ gesprochen hatte, plötzlich eingestanden, dass es schwer Impfgeschädigte überhaupt gibt und dass ihnen nun zügig und dringend geholfen werden müsse.

Anstieg unerwarteter Todesfälle auch bei Jüngeren?

Dies im Hinterkopf liest sich nun die Antwort der [Bundesregierung](#) auf die Anfrage der Abgeordneten Jessica Tatti (vorher Linke) etwas anders. Sie wollte wissen, ob es ab 2021 mit Beginn der Impfkampagne einen spürbaren Anstieg etwa von Herzerkrankungen oder Schlaganfällen, von Krebsdiagnosen oder plötzlichen, unerwarteten Todesfällen auch jüngerer Menschen gab.



Jessica Tatti, 43, war vorher bei der Linken und ist nun beim BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht).

Die Antwort der Bundesregierung auf ihre erste Kleine Anfrage lautet: „Der Begriff ‚Post-Vac‘ stellt keine medizinisch definierte Bezeichnung einer Erkrankung dar und unterliegt keiner eindeutigen Falldefinition für die Meldung eines Verdachtsfalls einer Nebenwirkung eines Impfstoffprodukts. Unter dem Begriff werden nach den vorliegenden Erkenntnissen verschiedene, länger andauernde Beschwerden beschrieben, wie sie auch mit Long/Post-Covid in Verbindung gebracht werden.“

Deshalb werde das [Bundesministerium für Gesundheit](#) (BMG) „ab 2024 im Rahmen eines mehrjährigen Förderschwerpunkts die versorgungsnahe Forschung zu Long Covid fördern“. Im Fokus stünden Modellprojekte, in denen „innovative Versorgungsformen zur Behandlung von Long-Covid-Betroffenen entwickelt und erprobt“ werden sollen.

Dabei sollen „sowohl das Thema ME/CFS, als auch Erkrankungen mit Long-Covid-ähnlichen Symptomkomplexen wie ME/CFS, auch unabhängig von einer [Covid-19](#)-Erkrankung, und Beschwerden im zeitlichen Zusammenhang mit einer Covid-19-Impfung mit berücksichtigt“ werden. Bis 2028 stünden dazu 81 Millionen Euro zur Verfügung, zusätzlich „bis zu 52 Millionen Euro“ für Kinder und Jugendliche. „Auch hier werden Beschwerden im zeitlichen Zusammenhang mit einer Covid-19-Impfung mitberücksichtigt“, so die Antwort. Offenbar ist dieser „Förderschwerpunkt“ aber noch nicht konkret umgesetzt worden.

Was ist aus dem Abgleich der Daten geworden?

Damit erfüllt sich die Sorge vieler Impfgeschädigter, weiterhin nicht ernst genommen und stattdessen in eine diffuse Gemeinschaft anderer Erkrankter und Long-Covid-Geschädigter eingruppiert zu werden. Ohne dass auf die speziellen Bedürfnisse Impfgeschädigter eingegangen werde.

Gleichzeitig fragte Tatti nach, was aus den ebenfalls versprochenen Nachforschungen bezüglich der Häufigkeit von Impfschäden geworden ist: „Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der im – bereits vor Beginn der [Corona](#)-Impfkampagne novellierten – Infektionsschutzgesetz (Paragraf 13 Absatz 5) vorgesehene Datenabgleich zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und dem für die Impfsurveillance und Sicherheit von Impfstoffen (Pharmakovigilanz) zuständigen Paul-Ehrlich-Institut durchgeführt, um mögliche Risikosignale der neuartigen Impfstoffe zum Schutz vor Covid-19 zu erkennen, und wenn ja, wann, und wenn nein, warum nicht?“

Die Antwort der Bundesregierung lautet: „Das [Paul-Ehrlich-Institut](#) (PEI) überwacht kontinuierlich die Sicherheit von Impfstoffen, das schließt die Evaluierung neuer Sicherheitssignale mit ein. Aktuell werden die neuen Datenflüsse mit ersten KVen getestet, die Auswertung der entsprechenden Datensätze durch das PEI ist derzeit in Vorbereitung. Seit Beginn der Impfkampagne wurden über 192 Millionen Impfdosen verabreicht. Die zugelassenen Impfstoffe gegen Covid-19 bieten einen wirksamen Schutz vor schweren Krankheitsverläufen und ihr Nutzen überwiegt bei weitem mögliche Risiken.“

Das bedeutet: Seit Änderung des Infektionsschutzgesetzes im November 2020 ist es nicht gelungen, den gesetzlich erforderlichen Datenabgleich zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und dem PEI zu bewerkstelligen. In der Vergangenheit hieß es, das liege an EDV-Problemen, nun heißt es, das sei „in Vorbereitung“.

Tatti: „Das lässt einen bösen Verdacht aufkommen“

Seit dreieinhalb Jahren also bleibt das Paul-Ehrlich-Institut, das als sogenannte Bundesoberbehörde für die Sicherheit von Impfstoffen und biomedizinischen Arzneimitteln zuständig ist und dem Gesundheitsministerium untersteht, der Bevölkerung diesen Abgleich schuldig.

Inwiefern unter diesen Voraussetzungen die Sicherheit eines Impfstoffes im Endeffekt überhaupt eingestuft werden kann, ist unklar. Denn in Deutschland gibt es traditionell ein sogenanntes Underreporting von Arzneimittelnebenwirkungen von – laut Studie – bis zu 95 Prozent. Es gibt hierzulande nur ein sogenanntes passives Meldesystem und die Meldequote von Nebenwirkungen liegt üblicherweise nur bei fünf Prozent. Unter anderem wegen dieser „Untererfassung“, von der auch der Gesetzgeber bei Änderung des [Infektionsschutzgesetzes](#) ausgegangen ist, wurde der Abgleich der Daten überhaupt ins Gesetz geschrieben. Doch er erfolgte offenbar bis heute nicht.

Kritiker bemängeln, dass nicht nur Ärzte schwere Nebenwirkungen der Impfungen gegen Corona beim PEI melden können, sondern jeder. Das könne die Zahlen auch nach oben verfälschen.

Allerdings galt während der [Pandemie](#) das durch große Teile von Politik und Wissenschaft verkündete Narrativ, es könne keine langfristigen Nebenwirkungen und überhaupt kaum gefährliche Wirkungen geben. Diesem Narrativ hatten sich auch viele Ärzte angeschlossen. Viele Impfgeschädigte berichten darüber, dass sie kaum Mediziner fanden, die sich mit ihren – auch etwa zeitlich direkt nach der Impfung und vorher nie aufgetretenen – Nebenwirkungen überhaupt beschäftigen wollten, ergo diese erst recht nicht gemeldet haben.

Dazu sagt Tatti: „Dass die Bundesregierung diesen Datenabgleich auch nach dreieinhalb Jahren nicht durchgeführt hat, lässt den bösen Verdacht aufkommen, dass sie gar nicht wissen will, wie viele schwere Komplikationen es nach der Corona-Impfung tatsächlich gegeben hat.“

Nach wie vor unklar sei auch die genaue Zahl der Betroffenen. „Wenn man Karl Lauterbach zuhört, hat man fast den Eindruck, dass es nur Long Covid gibt“, so Tatti: „Wenn man allerdings mit Impfgeschädigten spricht, stellt sich die Frage: Wie viele Post-Vac-Fälle werden hinter Long Covid versteckt?“

Dabei gehe den teils Schwerkranken die Zeit aus, erfuhr die Bundestagsabgeordnete bei einem Gespräch mit impfgeschädigten Mitgliedern einer Post-Vac-Selbsthilfegruppe aus Tübingen. Betroffene aus ihrer Heimatregion hätten berichtet, dass sie von der Long-Covid-Ambulanz des Uniklinikums abgewiesen worden seien, es zudem keine Medikamente, Therapien oder Spezialisten für Post-Vac-Geschädigte gebe. Außerdem könnten manche Betroffene nicht mehr arbeiten und hätten zusätzlich zu ihren gesundheitlichen deshalb große finanzielle Sorgen.

Jessica Tatti sagt nun: „Die Politik hat viel Vertrauen zerstört, gerade auch bei Impfgeschädigten, die sich auch aus Solidarität mit Alten und Kranken impfen ließen, und die nun mit ihren teils schweren Erkrankungen allein gelassen werden. Das ist schäbig.“ Auch deshalb fordere das BSW im Bundestag einen [Untersuchungsausschuss](#).

Anerkennung von Post-Vac als neuartiges Krankheitsbild

Des Weiteren verlangt die Abgeordnete von der Bundesregierung „die Anerkennung des Post-Vac-Syndroms als neuartiges Krankheitsbild nach Impfungen gegen Covid-19 samt eigenem Behandlungsleitfaden“, um Betroffenen den Zugang zu Versorgung jeglicher Art zu eröffnen und auch die Erlangung eines (Schwer-)Behinderten-Grades zu erleichtern.

Zudem sei eine „schnellstmögliche Bereitstellung von Geldern für die eigenständige Erforschung des Post-Vac-Syndroms und für neuartige Therapieansätze“ sowie die Finanzierung von spezialisierten, flächendeckenden Behandlungszentren für Post-Vac in der Hochschulmedizin nötig. Drittens brauche es die „Einrichtung einer Stiftung für Impfgeschädigte, in die neben Bund und Ländern auch Hersteller wie Biontech einzahlen, wie auch von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im ZDF bereits ins Gespräch gebracht“.

Schließlich müsse es nun rasche und unbürokratische Hilfe für Impfgeschädigte geben, wie sie der Gesundheitsminister schon vor über einem Jahr versprochen hatte, diese sei „unverzüglich an den Start zu bringen“. Und: „Wir wollen endlich wissen, wie viele Menschen nach Corona-Impfung langanhaltende Beschwerden entwickelt haben.“

<https://www.berliner-zeitung.de/gesundheits-oekologie/corona-impfung-will-die-bundesregierung-nicht-wissen-welche-probleme-es-gibt-li.2222052>